

Innsbrucker Rundschau

Zeitung der **KPO** Tirol

Nummer 2

September 2006

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:

Eigentümer, Verleger, Herausgeber: KPÖ Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck, email:kpoe.tirol@gmx.at

Homepage: tirol.kpoe.at, **Redaktion:** Monika Himsl



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Lachende Gesichter und enorme Erleichterung gab es bei den unermüdlichen UnterschriftensammlerInnen der KPÖ-Tirol am Freitag, dem 18. August, vor dem Innsbrucker Rathaus: die nötigen 200 Unterstützungserklärungen waren gesammelt!

Schon eine Woche vor Ablauf der Frist hatte die KPÖ in Tirol die für die Kandidatur zur Nationalratswahl notwendigen 200 Unterstützungserklärungen zusammen. Wir bedanken uns herzlichst bei all jenen, die unterschrieben haben.

Dies soll nicht einfach eine Floskel sein!

Viele SympathisantInnen haben auch im 16. Jahr nach dem Ende des Ostblocks und des Kalten Krieges noch immer Angst, sich durch die Abgabe einer Unterstützungserklärung als Kommunisten zu outen, weil sie Nachteile befürchten.

Daher sei all jenen ein besonderer Dank ausgesprochen, die sich trotzdem

„getraut“ haben, aber auch denen, die uns weniger aus Sympathie denn aus demokratiepolitischen Gründen unterstützt haben.

Zeit ist Geld!?

Dieser Satz gilt heute mehr denn je! Deshalb sei darüber hinaus Ihnen allen zusammen gedankt für die Zeit, die sie sich für diese Amtshandlung genommen haben. Manche Unterstützerinnen und Unterstützer mussten eine Viertelstunde oder länger auf den Ämtern warten.

Gedankt sei aber auch allen Beamtinnen und Beamten, die die Amtshandlung so schnell wie möglich abwickelten, obwohl durch Urlaube einige Ämter unterbesetzt waren.

DANKE!

Roland Steixner

Kandidatur trotz bürokratischer Prügel

Auch diesmal gab es von manchen Gemeinden „bürokratische Prügel“ bei der Abgabe von Unterstützungserklärungen: Nichtzusammensammlung der Unterstützungserklärungen, unterbesetzte Meldeämter, lange Wartezeiten etc... Absolut befremdend war vor allem die undemokratische Haltung der Innsbrucker Gemeindebosse. Dort wird nämlich darüber hinaus für die Herstellung einer CD mit dem WählerInnenverzeichnis 1000 Euro einkassiert. Erst auf unsere Beschwerde bei der Landeswahlbehörde bekamen wir das WählerInnenverzeichnis in Papierform um 36 Euro. Das ist unverständlich, denn die Herstellungskosten für 4000 Seiten Kopien sind sicher höher als das Brennen einer CD. Wir führen gerade Beschwerde über die Vorgangsweise der Gemeinde beim Landesvolksanwalt.

Nichts desto trotz kann nun auch für die KPÖ in Tirol der Wahlkampf beginnen.

Schwerpunkt der KPÖ ist angesichts der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit und Armut die immer dringlichere Umverteilung. Dazu hat die KPÖ die Petition „Euro-Millionenvermögen besteuern“ gestartet. Mit Verweis auf den berühmten Ausspruch von Bertolt Brecht „Wär ich nicht arm, wärdst du nicht reich“ wird darin verlangt: „Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von fünf Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden.“ Ein Petitionsformular liegt dieser Zeitung bei: Helfen wir, die Schere zwischen ÖsterREICH und ÖsterARM wieder zu schließen.

Josef Stingl, KPÖ-Zustellungsbevollmächtigter

Erratum!

In der Innsbrucker Rundschau 1 haben sich in der Hitze des heurigen Juli und des beginnenden Wahlkampfes einige Fehler eingeschlichen. Natürlich heißt der Innsbrucker Bischof Manfred Scheuer und nicht Scheurer, wie uns eine aufmerksame Leserin korrigierte. Und unser Außerferner Kandidat nennt sich Stefan Demelius und nicht Dimelius. Das Redaktionsteam, das in seltener Einigkeit diese Fehler überlesen hat, entschuldigt sich hiermit bei beiden Personen aufrichtigst.

Auch haben wir eine neue Emailadresse:

kpoe.tirol@gmx.at Das Redaktionsteam

Pluralistisches links der SPÖ

Als auf dem Innsbrucker Maiaufmarsch alle Kräfte links der SPÖ auftraten, war - abgesehen von der türkischen Linken und der KPÖ - gerade auch eine Bewegung sehr präsent, die als autonom oder anarchistisch bezeichnet werden kann. Für eine moderne KPÖ ist es unumgänglich, sich auch mit anarchistischen Positionen ernsthaft auseinanderzusetzen.

Von Roland Steixner

Anfangs ist zu erwähnen, dass die Abspaltung der anarchistischen Linken von den Marxisten auf die erste Internationale zurückgeht. Diese Internationale Arbeiter Assoziation war der Versuch ein grenzüberschreitendes Bündnis der fortschrittlichen Kräfte herzustellen. Die Geschichte hier genau zu beleuchten, würde zu weit führen. Doch einige Unterschiede aber auch Übereinstimmungen, die es trotz aller Animositäten gibt, die bestimmte marxistische Strömungen gegenüber dem Anarchismus hegen, sollen hier aufgezeigt werden. Dazu ist es von Vorteil einzelne Aussagen von Marx und Bakunin, dem Hauptverfechter des Anarchismus in der ersten Internationalen, unter die Lupe zu nehmen.

Karl Marx und Michail Bakunin

Beide Konzepte, Marxismus und Anarchismus haben offenbar das gleiche Ziel: Eine klassenlose Gesellschaft, in der die Produzenten über die Produktionsmittel verfügen. Auch für Marxisten ist in dieser hoch entwickelten Gesellschaftsform kein Staat mehr vorgesehen. Marx spricht von einem „Absterben des Staates“, das sich dann ereignet, wenn die Konzentration der Mittel in den Händen einiger Weniger nicht mehr vorhanden ist. In dieser klassenlosen Gesellschaft soll dann das Prinzip „Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ gelten. Der Unterschied zwischen Anarchisten und Marxisten besteht nun darin, *wie* und *wann* der Staat abzuschaffen sei.

Revolutionäre Parteien?

Anarchisten kritisieren, dass eine Partei, wenn sie einmal an der Macht ist, diese nicht wieder abgibt, und lehnen aus diesem Grund die Bildung einer Partei, die die Über-

windung der Herrschaftsverhältnisse zum Ziel hat, als Widerspruch in sich ab. Schon Bakunin warf Marx vor, aus der Internationalen eine autoritäre Organisation zu machen, und seine Kritik an der „Roten Bürokratie“ war geradezu hellseherisch, wenn man sich die Entwicklung des Realsozialismus vor Augen führt. Bakunin hatte das Ziel der Weltrevolution auf anderem Wege verfolgt. Seine Kritik an der Machtbündelung führt ihn dazu Parteiorganisationen grundsätzlich abzulehnen. Stattdessen sollte die Revolution eher von verborgen wirkenden Personen vorangetrieben werden.

Oder unsichtbare Diktatur?

So entwickelte er die These der „unsichtbaren Diktatur der Revolutionären“ die im Hintergrund die Massen aufwiegeln und so die Zerstörung des Staates herbeiführen sollten. Die Frage, ob eine derartige Auflösung des bestehenden Machtgefüges tatsächlich zu einer sozial gerechteren Gesellschaft führt, ist durchaus berechtigt. Allerdings: um eine Gesellschaftsform zu entwickeln, in der es keinen Zwang und keine Herrschaft gibt, die die Grundrechte jedes Menschen akzeptiert, und die die Freiheit des Einzelnen achtet und nur in dem Maße beschränkt, als das unbedingt nötig ist, damit die Grundrechte der anderen Individuen sichergestellt werden - sollten die legitimen Mittel ausgeschöpft werden. Da mag es nun verschiedene Ansätze geben, dieses Ziel zu verfolgen, aber die jeweilige politische Realität soll zeigen, welcher gerade am erfolgreichsten ist.

Zentralismus versus ...

Die Gewerkschaftsbewegungen und linke Parteien wollen das kapitalistische System von innen her bekämpfen und müssen manchen

Kompromiss eingehen, um Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Zentralisierte Gewerkschaften haben sehr viel dazu beigetragen, um die Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern.

Gleichzeitig ist aber Opportunismus in der Bewegung immer zu kritisieren. Eine linke Bewegung, die in Institutionen arbeitet, muss selbstkritisch sein und ständig überprüfen, ob der Preis der eingegangenen Kompromisse nicht zu hoch ist.

... dezentrale Ansätze?

Andererseits haben dezentrale Konzepte, wie sie auch in Teilen der globalisierungskritischen Bewegungen zu finden sind, ebenfalls Erfolg. Nicht die Festlegung auf einen Weg führt zur Stärkung der emanzipatorischen Bewegung, sondern die Pluralität, die verschiedene Wege zulässt. Die KPÖ hat sich von staatssozialistischen Anschauungen wie etwa dem Stalinismus gelöst und besinnt sich wieder auf die Wurzeln der linken Bewegungen. Dies spiegelt sich auch im KPÖ-Statut von 2004 wieder: „Die KPÖ verbindet in ihrer Tätigkeit radikal-demokratische Reformpolitik für sozialen Fortschritt mit einer revolutionären, die bestehende kapitalistische Gesellschaft überwindenden Perspektive.“

Nicht nur aus taktischen Gründen sollten VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen über den eigenen Schatten springen, sondern auch, weil die Linke in ihrem Inneren vorleben muss, dass eine andere, pluralistische Welt möglich ist.

Eine vereinigte Linke!?

Es geht also nicht nur um Zweckbündnisse sondern auch um das Vorleben der Offenheit gegenüber dem Anderen. Wie soll eine emanzipatorische Bewegung eine pluralistische Gesellschaft einfordern, wenn sie sie nicht selbst lebt? Daher muss auch Kritik an der KPÖ ernst genommen und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden. Nicht jede Kritik an der KPÖ ist antikommunistisch!

„Altern in Würde“ oder „Altern als Bürde“

„Altern in Würde“ ist ein viel gebrauchtes Schlagwort. Aber wo bleibt die Würde, wenn die Rente unter dem Existenzminimum liegt und man einem von allen Seiten zu verstehen bekommt, dass man nur mehr als Kostenfaktor gesehen wird, den sich die Gesellschaft eigentlich nicht leisten kann.

Von Rosmarie Thümminger

„Hoffentlich werde ich kein Pflegefall. Hans hat ja mich gehabt, aber ich...“ Anna wiederholt diesen Satz bei jedem Besuch. Sie hat alle möglichen Jobs gemacht, war Kassiererin in einem Supermarkt, Putzfrau, Zeitungsausträgerin, hat drei Kinder großgezogen, zwei Jahre ihren Mann gepflegt und nun ist ihre größte Sorge, dass auch sie gebrechlich und pflegebedürftig werden könnte. So wie sie denken viele alte Frauen: hoffentlich muss ich nicht, an ein Krankenbett gefesselt, jahrelang dahinvegetieren. Als besonders demütigend empfänden sie es, nicht nur auf Arbeitsleistungen sondern auch auf finanzielle Hilfe ihrer Kinder, die meist selbst jeden Euro umdrehen müssen, angewiesen zu sein. Sie wollen niemandem zur Last fallen.

Selbstbestimmtes Altern ...

Diese Frauen, denen es oft nur unter großen Mühen möglich gewesen war, durch selbstverdientes Geld eine gewisse Eigenständigkeit zu erreichen, fürchten sich vor allem vor der Abhängigkeit und dem Ausgeliefertsein, fürchten sich davor, ganz die Kontrolle über ihr Leben zu verlieren. Denn es stimmt schon, das Alter bringt Einschränkungen mit sich, die wir uns vor etlichen Jahren noch nicht vorstellen konnten. Man wird dem Körper untertän, das Zeitgefühl verändert sich, unsere Eltern und engste Freunde sterben und wir trauern um Unwiederbringliches. Daran kann die fürsorglichste Gesellschaft nichts ändern. Was sie aber kann: sie kann die materielle Grundlage schaffen, um sicherzustellen, dass auch alte oder sonst wie hilfebedürftige Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen und einen selbstbestimmten Tod

sterben können. Diese Verpflichtung hat umso mehr eine reiche Gesellschaft wie die unsere, die immer öfter über die scheinbar unfinanzierbar werdende Überalterung klagt.

... statt Alters-Bürde

Kann sich unsere Gesellschaft die Alten und Pflegebedürftigen wirklich nicht leisten? Doch, sie kann. Sie kann sich Alte und Hilfsbedürftige, Flüchtlinge und Kinder leisten, denn es gibt unermesslich viel Reichtum in unserem Land. Das Geldvermögen in Österreich beträgt 1.323 Milliarden Euro. Geld genug also. Leider hat die Sache einen Haken. Das Geld ist falsch verteilt. So stehen, um nur ein Beispiel anzuführen, den 63.000 österreichischen Euro-Millionären 1.03 Millionen arme oder armutsgefährdete Menschen, darunter viele alte, gegenüber, die mit weniger als 785 Euro im Monat auskommen müssen... (Ausführlicheres dazu unter www.kpoe.at)



Billig, willig und fremd...

Von Monika Himsl

„Wirtschaftsminister Martin Barstenstein (ÖVP) plädierte unlängst dafür, illegale Altenpflegerinnen nicht zu verfolgen: "Ohne die rund 40.000 illegal in Österreich tätigen ausländischen Pflegekräfte geht es kurzfristig nicht", erklärt er.“ (Die Presse)

Warum erinnert mich diese Argumentation bloß an die frühen Sechziger-Jahre? Damals gab es in Österreich Vollbeschäftigung (2,9 % Arbeitslose). Die Wirtschaft boomte und die Lösung für den Arbeitskräftemangel waren "Gastarbeiter".

Damals wurden alle Gewerkschaftsproteste sozialpartnerschaftlich "beseitigt" und umgehend in der Türkei und in Jugoslawien Anwerbebüros eröffnet, um billige und willige Arbeitskräfte zu holen, die nun jahrzehntelang gerne all die Arbeiten erledigten, für die die Österreicher zu überqualifiziert und zu teuer waren. Mit dem Nebeneffekt freilich, dass ihre Integrationsprobleme für Populisten seit Jahrzehnten stimmenträchtige Wahlkampfthemen sind.

Und nun gibt es, trotz der inzwischen erheblich angestiegenen Arbeitslosenquote, wieder neue Arbeiten, für die Österreicher zu gut und teuer sind. Etwa die lästige und ungeliebte Altenpflege! Die altbekannte Lösung ist daher: nehmen wir doch wieder billige und willige ausländische Arbeitskräfte!

Diesmal sind sie - EU sei Dank - schon da. Und statt der „böhmischen Ammen“ der Monarchie, gibt's nun eben bald „böhmische Altenpflegerinnen“ zu Dumpingpreisen. Soziale Folgen werden gerne in Kauf genommen.

Und im Wahlkampf nennt man das dann Wirtschaftskompetenz. Branche Freunderlwirtschaft übrigens - denn dabei kann man noch rasch eine Frau Altlandeshauptmann mit einem Koordinationsposten (im Pflegearbeitskreis) versorgen. Frei nach dem Motto: **Wer einfach nicht mehr weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis....**

„Das hat mich schon gereuet“, sprach das edle Weib, „auch hat er mir zerbleuet zur Strafe meinen Leib.“

Nibelungenlied, um 1200

Gewalt an Frauen gibt es schon seit Menschengedenken, wie dieses Zitat beweist, und sie trifft durchaus auch „edle Weiber“ oder Tirolerinnen. So gibt es seit 25 Jahren das Autonome Tiroler Frauenhaus. Wie kam es dazu, und warum soll diese wichtige bewährte Einrichtung nun plötzlich nicht mehr förderwürdig sein?

„Möglich, dass Frauen geschlagen werden von ihren Männern, aber das muss man auch sehen, dass die Männer oft wirklich provoziert werden von ihren Frauen und dann kann es passieren, dass einem die Hand auskommt.“ „Das passiert hauptsächlich in den großen Städten wie Wien, zum Beispiel, aber nicht in Tirol.“ „Die Arbeiter schlagen ihre Frauen nicht“. Das bekamen wir, eine kleine Gruppe von Frauen aus verschiedenen gesellschaftlichen Zugängen, zu hören, als wir 1980 führende Tiroler Politiker aufsuchten, um sie von der Notwendigkeit eines „Hauses für misshandelte Frauen und Kinder“ zu überzeugen.

Was ist schon Gewalt?

Inzwischen ist viel Wasser den Inn hinuntergeflossen. Noch immer teilt die breite Öffentlichkeit nicht die Definition der neuen Frauenbewegung, nach der Gewalt gegen Frauen all das beinhaltet, wodurch es Frauen auf Grund ihres Geschlechts verwehrt bleibt, ihre Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten zu realisieren. Aber dass in unseren Breiten die eheliche Wohnung jener Ort ist, an dem die meisten Frauen geschlagen, vergewaltigt

und auch getötet werden, und dass sie und die Kinder deshalb eine Zufluchtstätte brauchen, diese Einsicht hat sich durchgesetzt.

25 Jahre gute Arbeit

Warum dann das Sommertheater um die finanzielle Absicherung einer Institution, die seit 25 Jahren unverzichtbare Arbeit leistet und sich aufs beste bewährt hat? Weil gespart werden muss! So? Es muss gespart werden? Ich sehe Verschwendung. Ein paar Beispiele gefällig? Das Zelebrieren aufgeblähter Männerkulten wie den Kriegsgipfel im Frühling dieses Jahres oder das Museum der Wehrhaftigkeit, weiters die Nordkettenbahn neu, die Aufstockung des Stadiums und dessen geplanter Rückbau. Die Liste ließe sich fortführen.

Geld genug vorhanden!

Angesichts derartiger Verschwendungssucht ist es nur recht und billig, sofort genügend Geld zur Verfügung zu stellen, damit der Betrieb des Frauenhauses weitergeführt werden kann. Und für die Zukunft braucht es eine gesetzliche Regelung, die garantiert, dass das Haus für misshandelte Frauen und Kinder auf Dauer finanziell abgesichert ist.

Rosmarie Thümingner

DIE LINKE

hellwach

bei Gewalt an Frauen

Mit Gitarre, Glückskekzen, T-Shirts, Postkarten und viel Infomaterial ausgerüstet starteten Angela Zwettler und Carla Knapp am 4. August ihre kunstpolitische Intervention „hellwach“ vor dem Tiroler Kunsttempel Ferdinandeum, wo gerade die Ausstellung 100.000 Jahre Sexualität läuft. Direkt über dem roten Plakat leuchtet speziell in der Nacht eine Inschrift, die passend dazu zur Wachsamkeit bezüglich Gewalt gegen Frauen aufruft. Unter dem Motto: „Sagen, was ist – verändert die Welt“ (Hannah Arendt) brachten die beiden Projektbetreiberinnen auch gleich zum Auftakt ihrer mehrmonatigen Aktion Unsägliches zur Sprache: das geplante „Zudrehen“ des Tiroler Frauenhauses. Dabei boten sie Margret Aull vom „Verein Autonomes Tiroler Frauenhaus“ und Barbara Hundegger vom „Personenkomitee zum Erhalt des Autonomen Tiroler Frauenhauses“ eine mediale Plattform.



www.hellwach.info
www.frauenwehrensicht.at

hellwach
bei Gewalt an Frauen

observe you - we observe you - we observe - ob

Kulturgegeschichte der Sexualität
7. Juni - 10. September 2006 100.000 Jahre Sex

Ferdinandeum

Kultur Gemeinsam stärken 100 Jahre ÖBB ZURTOBEL STAFF

Podiumsdiskussion der Tiroler LehrerInnen-Initiative

Fünftes Gymnasium – leider nein?

Am 6. Juni diskutierten StRin Dr. Marie-Luise Pokorny-Reitter, StRin Mag. Uschi Schwarzl, VS-Dirkektor Wolfgang Rieser und Univ. Prof. Dr. Michael Schratz im Haus der Begegnung über den Stand der Dinge hinsichtlich des fünften Gymnasiums. Der Sessel des Vertreters des Landesschulrates blieb bezeichnenderweise leer...

Der Saal im Haus der Begegnung war voll hochinteressierter Zuhörer, die immer wieder auf den leeren Sessel am Podium schauten – vor allem dann, wenn eine Antwort des

Landes gefragt gewesen wäre. Die Diskutanten am Podium waren überwiegend nicht nur als Politiker oder Praktiker am Wort, sondern auch als Eltern, die bereits Kinder im Gymnasium hatten oder vor der entscheidenden Weichenstellung für die Zukunft standen: Gymnasium, Schwerpunkt Hauptschule oder „Restschule“.

Status quo – fünf Gymnasien!

Der Abend ergab dann ein klares Bild. In Innsbruck, das weniger Gymnasien hat als andere vergleichbare Landeshauptstädte, existierten bereits 18 dislozierte Gymnasialklassen in Containern, in Ausweichquartieren, in nicht dafür vorgesehenen Klassenräumen. Die politische Diskussion um das fünfte Gymnasium und seine Finanzierung - vielleicht zuerst als Privatschule und später mit Bundesmitteln – erschien von daher müßig. Univ. Professor Dr. Michael Schratz betonte indes, dass diese Situation ideal wäre, nun auch einmal an eine innovative Schule zu denken und signalisierte seine Bereitschaft, dabei tatkräftig mitzuarbeiten.

5. Gymnasium keine Lösung

Darüber hinaus hatten aber die im Publikum anwesenden Vertreter der Innsbrucker Hauptschulen sowie Eltern gewichtige Argumente dafür gebracht, dass die Schulsituation in Innsbruck durch ein weiteres Gymnasium nicht ausreichend verbessert würde. Nachmittagsbetreuung, wesentlich mehr Förderstunden und -Lehrer speziell für benachteiligte Kinder und Standorte – sowie ein Umdenken in der Bewertung der Schulen und Schwerpunkte seien dringend nötig. Gefordert wurde auch eine Plattform mittels deren Hilfe die unterschiedlichen Inter-

Wissen ist Macht

Das fünfte Gymnasium in Innsbruck - eine Illusion!?

Von Sylvia Dürr

Ein fünftes Gymnasium in Innsbruck ist in Planung, behaupten zuständige Stadt-PolitikerInnen schon seit geraumer Zeit, wie z. B. Christine Oppitz-Plörer von der Bürgermeisterliste „Für Innsbruck“. Allerdings mit dem kleinen Nachsatz, dass dessen Eröffnung nicht vor 2009 über die Bühne gehen wird.

Man rechnet damit, dass die Schülerzahl wegen des Geburtenrückgangs zurückgeht. Vorsorglich sind deswegen schon etliche Lehrer entlassen worden. Nun gibt es inoffizielle Informationen aus dem Landesschulrat, die in die Richtung gehen, dass es doch KEIN fünftes Gymnasium geben wird! Dafür soll es in Zukunft möglich sein, die Klassen erst ab 36 (!!!!) Schüler zu teilen. D. h. man mutet den Schülern eine zusätzliche Verschärfung der gymnasialen Situation zu, ausgerechnet im Land Tirol, in dem es sowieso schon die wenigsten Gymnasien gibt!

Verkehrte (Bildungs-)Welt!

Wo ist die Elterninitiative, die sich massiv für ein weiteres Gymnasium einsetzt? Warum spart man ausgerechnet IMMER an der Bildung und am schwächsten Glied der Gesellschaft: dem Kind? Anscheinend sind die zuständigen PolitikerInnen immer noch so kurzsichtig zu glauben, sich immer irgendwie durchwurschteln zu können....

Wie heißt es so schön: **„Ein Schritt vor und zwei zurück, das ist Bildungspolitik“**.

So dringend in der gegenwärtigen Situation ein fünftes Gymnasium in Ibk ist, die Hauptforderung bleibt die Einführung der Gesamtschule für alle 10 bis 14jährigen, weil – das zeigen die Beispiele anderer EU-Länder – diese auch Kindern aus sozial schwachen Familien bessere Chancen bietet.

*** Buchbesprechung ***

Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Argument-Verlag, € 11,00

Die Innsbrucker Wissenschaftlerinnen Erna Appelt und Alexandra Weiss haben ihr vergriffenes Buch nun in zweiter Auflage herausgebracht.

Unter dem Schlagwort „Globalisierung“ wird den europäischen Wohlfahrtsstaaten der Kampf angesagt und die Idee der sozialen Rechte als veraltete Ideologie diffamiert. Der dringende und berechtigte Wunsch der Menschen nach sicheren Arbeitsplätzen und einem planbaren Leben wird als konservatives Hängen an Althergebrachten geschmäht, Flexibilisierung als Fortschritt verkauft.

Die Beiträge des Sammelbandes analysieren sowohl die Rhetorik als auch die Strategie der Globalisierungswelle. Neben der theoretischen Aufarbeitung des Globalisierungskonzeptes wird auch der Frage nachgegangen, was die Globalisierungsoffensive für unser Leben als ArbeitnehmerInnen, ImmigrantInnen und AsylwerberInnen bedeutet.

Ein hilfreiches, wichtiges Buch, gerade für Tirol, ein Bundesland, das nach dem Ergebnis der letzten österreichischen Armutskonferenz die größte Steigerungsrate bei den SozialhilfebezieherInnen aufweist und wo die Bürgermeisterin der Landeshauptstadt im Gemeinderatswahlkampf im heurigen Frühjahr sichtlich stolz den ersten Tiroler Sozialmarkt eröffnete, dem schon bald weitere in den Bezirkshauptstädten folgen müssen.

Rosmarie Thümminger

essen besser artikuliert und vertreten werden könnten. www.tli.at
plattformschule@gmx.at M. Himsl

Ablehnung von Jobs – Notstandshilfe weg!

„Die Einstellung der Notstandshilfe auf unbestimmte Zeit ist gerechtfertigt, wenn ein Arbeitsloser mehrfach vom Arbeitsmarktservice angebotene Jobs abgelehnt hat. ... Damit liege keine "Verfügbarkeit" für den Arbeitsmarkt vor - und eine solche sei aber eine Voraussetzung für den Bezug der Notstandshilfe, argumentierte der Gerichtshof (in einer veröffentlichten Erkenntnis). (APA 17.08.2006)“

Recht hat er, der Verwaltungsgerichtshof! Kein Zweifel, in Zeiten wie diesen wird jede/r Arbeitsfähige dringendst gebraucht! Unsere vom Arbeitskräftemangel gebeutelte Wirtschaft kann unter keinen Umständen auf eine/n einzige/n Einsatzfähigen verzichten. In den Gängen des AMS sehen wir endlose Schlangen von UnternehmerInnen und Personalchefs. Händeringend harren sie dort stundenlang aus, um dann letztendlich doch wieder enttäuscht zu werden: „Leiderleider, es gibt heute wieder keinen Arbeitslosen für Sie. Aber halt! Augenblick bitte, ich glaub da hätt ich noch einen. Ojejejee, ich seh' gerade, der ist leiider arbeitsunwillig. Na, schauen's halt in zwei, drei Wochen wieder einmal vorbei ...“

In welchem Jahrzehnt leben eigentlich unsere hochdotierten Mangelverwalter. Kann es sein, dass sie mental in den 1950er-Jahren stecken geblieben sind? Leben sie noch im Wirtschaftswunder mit Arbeitskräftemangel? Träumen sie immer noch von Kaprun und vom Wiederaufbau, von verschwitzten Industriearbeitern in rußigen Fabrikhallen?

Könnte ihnen vielleicht jemand einmal die heutigen Realitäten vor Augen führen und die Arbeitslosenstatistiken zeigen? Hunderttausende Arbeitslose! Und keine Besserung der Lage in Sicht. Im Gegenteil. Experten „warnen“ uns vor dem ungeheuren Rationalisierungspotential, das noch in allen Bereichen der Wirtschaft vorhanden ist.

Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt? Wäre es bei den hohen Arbeitslosenzahlen nicht einfacher, den freien Arbeitsplatz einem zu geben, der mehr Einkommen braucht und froh darum ist? Wem nützt diese teure Strafbürokratie samt Berufungsinstanzen bis zum Verwaltungsgerichtshof? Und wo bleibt in diesem Fall der Aufschrei der eifrigen Reformer, Einsparer und Bürokratiejäger?
Der Rote Jakob



Friedenskundgebungen in Innsbruck

Bei einer Kundgebung gegen den Krieg im Libanon und Gaza am Freitag, 28. Juli bei der Annasäule, organisiert von einem ad-hoc-Personenkomitee nahmen ca. 100 Personen teil. Eine weitere fand am 18. August statt.

Trotz lockenden Schwimmbädern und Seen ließen es sich die KriegsgegnerInnen am sonnigheißen 28. Juli nicht nehmen, für Frieden auf die Straße zu gehen. Sie forderten das Ende der militärischen Aggression Israels und eine Lösung der Probleme auf Basis des gegenseitigen Respekts, der Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte.

Kein Judenhass!

Sie betonten auch ausdrücklich, dass Judenhass keinen Platz in einer solchen internationalen Protestbewegung haben dürfe und eine Lösung nur durch die Zusammenarbeit auch mit Menschen und Organisationen in Israel, welche die PalästinenserInnen als gleichberechtigte PartnerInnen akzeptieren, erreicht werden kann. Im Rahmen der Kundgebung wurde auch eine

Ausstellung über den Bau der Apartheid-Mauer durch Israel gezeigt.

Termine:

Freitag, 8. 9.2006:

14.00 vor Landesmuseum

15.00 Franziskanerplatz

16.00 Goldenen Dachl

Wahlkampfauftakt mit Straßentheater zum Gesundheits- und Pflege-notstand

Überparteiliche Podiumsdiskussionen mit KPÖ-Beteiligung:

DI, 12. 9.2006, 19.30:

Zell am Ziller, Hotel Zillerhof, mit Oliver Jonischkeit

DO, 14.9.2006, 19.00:

Telfs, Rathausaal, mit Oliver Jonischkeit

MI, 20.9.2006, 19.30:

Schwaz U1-Cafe, Tannenbergg. 2 mit Mirko Messner

DO, 21.9.2006, 19.00:

Uni-Innsbruck, GEIWI-Turm, Hörsaal 6 mit Mirko Messner

DO 28.9.2006, 19.00:

Uni-Innsbruck, SOWI-Areal, Hörsaal 3 mit Rosmarie Thümingner

www.tirol.kpoe.at

Wahlkampf kostet Geld!

Spenden sind willkommen!

**KPÖ-Tirol, BLZ 14000
Kto Nr. 68710504630**